



«Solidarität macht stark.» Aktivistinnen unterstützen eine Besetzung der Obdachlosenbewegung MTST.

Foto: MTST

Schwierige Zeiten in Brasilien

Soziale Bewegungen mobilisieren gegen neoliberale Angriffe

Brasilien erlebt aktuell seine grösste Krise seit dem Ende der Militärdiktatur. Repression und Gewalt gegen die untersten Schichten der Bevölkerung und gegen soziale Bewegungen haben massiv zugenommen. Die linke, schwarze Aktivistin und Stadtpolitikerin von Rio de Janeiro Marielle Franco, die die Militarisierung der Favelas und die staatliche Gewalt insbesondere gegen schwarze Jugendliche in den Armutsvierteln angeprangert hatte, wurde im März auf offener Strasse regelrecht hingerichtet. Ihre Mitstreiterin Talíria Petrone (im Bild rechts), die uns mit ihrem Lachen ansteckt, muss mit Drohungen leben. Derweil treibt die Regierung Temer, seit der Absetzung von Dilma Rousseff vor zwei Jahren an der Macht, ihre neoliberale

Agenda weiter voran. Während die aktuellen Machthaber auf allen Ebenen die Interessen von Business begünstigen und Privatisierungen vorantreiben, wurden die staatlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit eingefroren. Die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, Frauen, Indigenen, Schwarzen, Landlosen und KleinbäuerInnen werden laufend weiter abgebaut – mit einschneidenden Konsequenzen für die Bevölkerung.

Für die sozialen Bewegungen ist klar, dass sie ihre Mobilisierungen verstärken müssen, um grundlegende Rechte zu verteidigen – ihre Rechte als ArbeiterInnen, das Recht auf Land, auf Wohnen oder das Recht auf Wasser, um nur einige zu nennen. Dies haben sie

auch am Weltsozialforum und am alternativen Weltwasserforum betont, die beide im März in Brasilien stattfanden und eine Vielfalt an sozialen Bewegungen des Landes zusammenbrachten. Die Landlosenbewegung MST führt derzeit in verschiedenen Bundesstaaten Besetzungen von brach liegendem Land durch, um Druck für die in der Verfassung verankerte Landreform zu schaffen. Gleichzeitig baut sie damit Alternativen auf, um das Leben der Familien zu verbessern, die unter prekärsten Verhältnissen leben. In städtischen Gebieten fordert die Obdachlosenbewegung MTST mit der Besetzung von ungenutzten Flächen und leer stehenden Gebäuden das Recht auf Wohnraum ein. In den Favelas von Rio de Janeiro protestieren AktivistInnen gegen die Besetzung durch das Militär und prangern staatliche Gewalt gegen BewohnerInnen an.

Angesichts der schwierigen Situation in Brasilien ist unsere Solidarität mit den sozialen Bewegungen dringend notwendig. Die Aktivistinnen im Bild laden uns mit ihrer positiven Energie dazu ein.

Merci für Ihre Solidarität!

Keine Ruag-Munitionsfabrik!

In einem vom SOLIFONDS initiierten Schreiben an den Bundesrat haben 16 Organisationen ihre Besorgnis über die Ermordung von Marielle Franco, Stadtpolitikerin in Rio de Janeiro und Menschenrechtsverteidigerin, ausgedrückt. Diese Gewalttat vom 14. März 2018 ist nur die Spitze eines Eisbergs: Gemäss einer Studie der Organisation Small Arms Survey wurden 2016 weltweit 560'000 Menschen durch Gewaltverbrechen getötet. Die Mehrheit der Opfer verlor ihr Leben ausserhalb von Kriegszonen (82%), über 70'000 Menschen (12%) allein in Brasilien. Mit über 190 Morden pro Tag steht Brasilien in absoluten Zahlen weltweit an erster Stelle. Laut einer Parlamentskommission des brasilianischen Senats wird alle 23 Minuten ein schwarzer Jugendlicher umgebracht, das macht 63 am Tag. Zwischen 2005 und 2014 wurden 8'466 Menschen durch Polizeiangehörige im Bundesstaat Rio de Janeiro getötet. Marielle Franco hat Gewalt durch die Militärpolizei

angepörrngert und bekämpft, was ihr das Leben gekostet hat. «Ausgerechnet in dieser durch enorme Gewalt geprägten Situation kündigt der staatliche schweizerische Rüstungskonzern den Bau einer Munitionsfabrik im brasilianischen Bundesstaat Pernambuco an. Ruag rechtfertigt die Millioneninvestitionen mit dem Hinweis, dass die Munition nur an den offiziellen Sicherheitsapparat Brasiliens verkauft werde. Als wäre das eine Sicherheitsgarantie!», schrieben die Organisationen. «Die Munition, mit welcher Marielle Franco ermordet worden ist, wurde 2006 an die brasilianische Bundespolizei verkauft. Wer Brasilien auch nur ein klein wenig kennt, weiss, wie stark der offizielle Sicherheitsapparat mit dem organisierten Verbrechen verfilzt ist.» Die Organisationen haben den Bundesrat angesichts dieser Situation aufgefordert, dafür zu sorgen, dass auf die geplante Munitionsfabrik verzichtet wird. Der vollständige Brief findet sich auf www.solifonds.ch.



«Euer Gewinn tötet mein Wasser.» Brasília, März 2018

Foto: Y. Zimmermann

Kritik an Deza

Wasser gehört unter demokratische Kontrolle!

Im April richteten sich 27 Organisationen in einem offenen Brief an die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) und kritisierten, dass diese die Water Resources Group (WRG) mit Millionenbeiträgen unterstützt. Die WRG wurde vom Weltwirtschaftsforum WEF und einer Reihe von Grosskonzernen ins Leben gerufen, um die Privatisierung von Wasser mittels Public-Private-Partnerships voranzutreiben. Die Deza unterstützt die WRG nicht nur finanziell, Deza-Direktor Manuel Sager ist auch in ihrem Verwaltungsrat vertreten, den Vorsitz hat Nestlés Verwaltungsratsprä-

sident Paul Bulcke inne. «Öffentlich-private Partnerschaften wie jene der Water Resources Group stärken die Positionen der Grosskonzerne und unterstützen deren Privatisierungs- und Profitmaximierungsstrategien», kritisierten die den Brief unterzeichnenden Organisationen, zu denen der SOLIFONDS, MultiWatch, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, Public Eye, die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, die Grüne Partei Schweiz und die SPS gehören. «Ein finanzielles Engagement der Deza in der Water Resources Group steht somit im Widerspruch zum Bekenntnis der Deza,

dass der Zugang zum Wasser als unbestrittenes Menschenrecht für jeden Menschen gilt.» Die Organisationen forderten die Deza auf, von finanziellen Unterstützungen von öffentlich-privaten Partnerschaften abzusehen und Massnahmen zu ergreifen, um die demokratische Kontrolle des Wassers als öffentliches Gut zu stärken.

Wasser ist ein Recht, keine Ware

Mit ihrem Schreiben unterstützten die Organisationen rund drei Dutzend brasilianische Sozialbewegungen, die sich im Anschluss an das alternative Weltwasserforum (FAMA) in Brasília mit einem offenen Brief an die Deza gewendet hatten. Das FAMA fand im März unter dem Titel «Wasser ist ein Recht, keine Ware!» statt – als Gegenveranstaltung zum Weltwasserforum, welches zur gleichen Zeit im Interesse von Grosskonzernen durchgeführt wurde und zu dessen Hauptsponsoren Nestlé gehörte. Gewerkschaften, Zusammenschlüsse von indigenen und afrobrasilianischen Gemeinschaften, Bewegungen von Kleinbauern und -bäuerinnen, Landlosen, Staudamm- und Minenbetroffenen kritisierten im Anschluss an das FAMA in ihrem offenen Brief, dass die Unterstützung der Deza für öffentlich-private Partnerschaften, insbesondere für die Water Resources Group, dem ausdrücklichen Wunsch von Gemeinschaften, Völkern, Organisationen und Bewegungen weltweit entgegensteht, Wasser als öffentliches Gemeingut unter sozialer und demokratischer Kontrolle zu behalten. Sie forderten die Deza auf, statt dessen öffentlich-öffentliche Partnerschaften zu unterstützen.



Landlose an einer Versammlung in der Landbesetzung «Patria Livre».

Foto: Yvonne Zimmermann

Landlosenbewegung MST

Für die Verteidigung der Demokratie und für eine Landreform

«Dieses Territorium wird frei von Analphabetismus sein. Hier bauen wir eine Schule für Kinder und Erwachsene auf.» Das sagt die MST-Aktivistin Matilde im März zu den versammelten landlosen Familien in der Landbesetzung «Patria Livre» im Grossraum von Belo Horizonte, Hauptstadt des Bundesstaats Minas Gerais. Wenig später erreichen Bilder von der Schuleröffnung den SOLIFONDS.

Acht Monate zuvor hat die Landlosenbewegung das Grundstück besetzt, im Rahmen eines landesweiten Aktionstags des MST mit dem Ziel, Grundstücke im Besitz korrupter Politiker und Unternehmer der Landreform zuzuführen. In Brasilien gibt es mindestens 175 Millionen Hektaren Land auf ungenutzten Fazendas, während über vier Millionen Bauern und Bäuerinnen kein Land haben. Der Unternehmer, dem das ungenutzte Grundstück in Minas Gerais gehört, wurde wegen Korruption verurteilt, darf seine Strafe jedoch in seiner Luxusvilla absitzen. Derweil geht die Enteignung seiner Ländereien nicht voran.

In der Landbesetzung «Patria Livre» haben die Landlosen in kürzester Zeit eine Schule, einen Dorfladen und ein Sekretariat errichtet. 450 BewohnerInnen – die meisten ehemalige Bauern und Bäuerinnen, die in den Armutsgürtel der Grossstadt vertrieben worden waren – bauen sich hier eine neue Lebensgrund-

lage auf und produzieren biologische Nahrungsmittel für die Selbstversorgung und für den Verkauf.

Seit die Regierung Temer die Macht übernommen hat, ist der Kampf um Land härter geworden und Gewalt gegen LandrechtsaktivistInnen hat erschreckend zugenommen. Gemäss der Landpastorale CPT wurden 2017 in Brasilien 70 AktivistInnen umgebracht – 9 mehr als 2016, das bis dahin den traurigen Rekord hielt –, 52 von ihnen in Zusammenhang mit Landkonflikten. Die Grossgrundbesitzervereinigungen rufen

offen zu gewalttätigen Aktionen gegen den MST auf und organisieren sich auf allen Ebenen gegen die Landlosen. Das Ministerium für ländliche Entwicklung, das sich für KleinbäuerInnen einsetzte, wurde abgeschafft. Der Behörde für Siedlung und Agrarreform (Incra), zuständig für die Umsetzung der Landreform, und derjenigen für den Schutz indigener Völker (Funai) wurden die Gelder zusammengestrichen. Während damit die Möglichkeiten für eine Agrarreform schwinden, werden der Rekonzentration von Land Tür und Tor geöffnet. Und mit einem Gesetzesentwurf versuchen Parlamentarier im Interesse des Agrobusiness die Landlosen- und Obdachlosenbewegung auf die Liste terroristischer Vereinigungen zu setzen. Seit April führt der MST in ganz Brasilien Proteste durch – zur Verteidigung der Demokratie, für eine Landreform und für den Aufbau von Alternativen. Neue Landbesetzungen sind geplant. Der SOLIFONDS unterstützt den MST Minas Gerais in seinen Mobilisierungen.

«Lulas Verhaftung ist eine Kriegserklärung an uns»

Nach dem kalten Putsch gegen Dilma Rousseff vor zwei Jahren versuchen die aktuellen Machthaber, mit einer medialen Kampagne und einem fragwürdigen juristischen Verfahren eine Rückkehr von Lula da Silva in die nationale Politik zu verunmöglichen. Gemäss Umfragen hat Lula die höchsten Chancen für die Präsidentschaftswahlen im Oktober – wird die Verurteilung rechtskräftig, kann er nicht an den Wahlen teilnehmen. Nicht nur Linke kritisieren das Urteil gegen Lula zu über 12 Jahren Haft als politisch motiviert. «Eine Verurteilung bedarf gesicherter Belege für kriminelles Verhalten – und diese fehlen immer noch», schrieb selbst die NZZ am 13. April.

«Wenn Lula verhaftet wird, ist das eine Kriegserklärung an uns», hatten VertreterInnen sozialer Bewegungen am Weltsozialforum im März in der brasilianischen Stadt Salvador erklärt. Der Abbau der Rechte von ArbeiterInnen, Frauen, Indigenen, Schwarzen, Landlosen und KleinbäuerInnen würde weitergehen, ebenso die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen und die Angriffe gegen sie. Seit Anfang April sitzt Lula im Gefängnis. Seither finden Proteste im ganzen Land statt.



«Nein zur Militärintervention» – Demonstration in Rio.

Foto: REUTERS/Pilar Olivares

Militarisierung der Favelas in Rio de Janeiro

«Die Armee verhält sich wie in einer Diktatur»

Am Weltsozialforum haben wir Gizele Martins, Journalistin und in der Bewegung der Favelas in Rio de Janeiro aktiv, zur Situation in den Armutsvierteln befragt. Gizele Martins engagiert sich in der Kampagne «Caveirão Não» (Nein zu den gepanzerten Militärfahrzeugen), die gegen die Polizeioperationen, gegen die Morde und die Militarisierung des Lebens kämpft.

Kannst du uns erklären, wie die Situation in den Favelas aussieht?

Die Leute in den Favelas in Rio de Janeiro erleben ein vom brasilianischen Staat durchgeführtes Massaker. Seit November 2017 kämpfen wir mit unserer Kampagne gegen die gepanzerten Fahrzeuge der Militärpolizei in den Favelas. Mit der Intervention der Armee ab Februar 2018 hat sich das Szenario völlig verändert. Die Armee benutzt Waffen, die die Polizei nicht hat, und verfügt über grössere Befugnisse. Sie verhält sich wie in einer Diktatur. Das Gesetz, das den Einsatz der Armee in Rio erlaubt, wurde während der Militärdiktatur angewendet.

Der Staat kriminalisiert und bedroht die BewohnerInnen der Favelas. Jeden Tag werden Menschen von der Militärpolizei ermordet. Gestern (16. März) waren es drei Personen in der Favela Alemão, darunter ein einjähriges Kind. Die Gemeindeparlamentarierin Marielle Franco war Teil der Bewegung der Favela Maré. Sie wurde ermordet, weil sie für unsere Rechte gekämpft hat, weil sie schwarz und Frau war und das Vorgehen der staatlichen Sicherheitsapparate in den Favelas angeprangert hat.

Ist der Mord an Marielle Franco eine neue Stufe der Gewalt?

Der Mord ist eine Drohung an uns alle. Er ist eine neue Stufe der Gewalt, die wir nicht erwartet haben. Wir wollten die Menschenrechtsverteidigerinnen sichtbar machen, zu ihrem Schutz. Marielle war eine öffentliche Person. Und sie haben sie trotzdem umgebracht. Das ist eine neue Dimension der Gewalt.

Wie können euch internationale Bewegungen unterstützen?

Wir suchen nach Formen, wie wir uns schützen können, zum Beispiel indem wir nicht mehr bei uns zu Hause sind, sondern die Wohnung laufend wechseln. Es ist wichtig, dass ihr öffentlich macht und anprangert, was in Rio de Janeiro und ganz Brasilien passiert. Greift unsere Kampagne gegen die Militarisierung der Favelas auf. Es geht um Sichtbarkeit, gleichzeitig brauchen wir auch finanzielle Unterstützung, etwa für Unterkunft und Transportkosten.

Danke Dan, Rosmarie, Jean Christophe und Thomas!

Dan Gallin war kaum vom SOLIFONDS wegzudenken. Seit 2000 sass er für den SGB im SOLIFONDS-Stiftungsrat und bereicherte mit seiner Erfahrung die Diskussionen. Dan hatte aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Generalsekretär der internationalen Lebensmittelgewerkschaft IUF weitreichende Kontakte zur internationalen Gewerkschaftswelt. Ende 2017 musste er aufgrund gesundheitlicher Probleme leider seinen Rücktritt bekannt geben. Wir danken ihm herzlich für sein Engagement für die Solidaritätsarbeit! Ebenfalls verabschieden mussten wir zwei der drei SP-VertreterInnen im Stiftungsrat: Rosmarie Joss und Jean Christophe Schwaab werden sich in Zukunft auf ihre Familien konzentrieren, Rosmarie gratulieren wir zur Geburt ihrer Tochter. Auch Thomas Braunschweig, Vertreter für die Mitstifterorganisationen, trat diesen Frühling vom Stiftungsrat zurück. Ihnen allen danken wir herzlich für ihr Engagement im SOLIFONDS!

Willkommen Mattea, Olga, Zoltan, Ingeborg – und CETIM!

Mit den Rücktritten Ende 2017 durften wir an der ersten Stiftungsrats-sitzung des Jahres eine ganze Reihe neuer Gesichter begrüßen. Neu für die SP sitzen im Stiftungsrat Nationalrätin Mattea Meyer und die Genfer Gemeinderätin Olga Baranova. Für den SGB ist neu Zoltan Doka im Stiftungsrat vertreten.

Als neue Vertreterin der Mitstifterorganisationen begrüßen wir Ingeborg Schwarz, Präsidentin des Centre Europe – Tiers Monde (CETIM). Dass CETIM neu zu den Mitstiftern gestossen ist, freut uns besonders, waren doch der SOLIFONDS und CETIM in den letzten Jahren immer wieder in Kontakt. CETIM hat seine Geschäftsstelle in Genf und hat Konsultativstatuts beim UNO-Wirtschafts- und Sozialrat inne. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und heissen CETIM herzlich willkommen!

Neu sind wir auf Facebook präsent.  für den SOLIFONDS!

IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, Postfach, CH-8031 Zürich, Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7
Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)